

Press release

Kiel, 11.01.2023

Wie sicher ist Silvester in Kiel?

Der Jahreswechsel 2022/2023 wird bundesweit diskutiert. Dabei werden auch Rufe nach einem Böllerverbot immer lauter. Damit diese Debatte in Kiel mit einer fundierten Basis geführt werden kann, hat die SSW-Ratsfraktion für die kommende Ratssitzung eine Kleine Anfrage zu dem Thema gestellt. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ratsherr Marcel Schmidt:

„Der erste Jahreswechsel seit Pandemiebeginn, der nicht von Einschränkungen geprägt ist, verlief in diversen Städten Deutschlands alles andere als reibungslos. Damit geht einher, dass die Debatte um lokale oder übergreifende Böllerverbote bis ins Neue Jahr anhält.

Deshalb stellt die SSW-Ratsfraktion für die kommende Sitzung der Kieler Ratsversammlung eine Kleine Anfrage mit dem Ziel, herauszufinden, wie der Silvesterabend in Kiel verlaufen ist und ob es möglicherweise Anpassungen bedarf, um mögliche Fehlentwicklungen einzudämmen und den Jahreswechsel 2023/2024 nötigenfalls sicherer zu gestalten. Wir wollen in Erfahrung bringen, wie hoch die Zahl der Menschen ist, die mit Verletzungen durch Feuerwerkskörper im Städtischen Krankenhaus Kiel behandelt wurden. Obendrein fragen wir auch ab, ob und wie sich der Jahreswechsel einerseits auf das Einsatzgeschehen der Feuerwehr, aber auch auf die Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes ausgewirkt hat.

Wir halten es für unumgänglich, eine stabile Datenbasis einzuholen, bevor wir in eine Debatte darüber einsteigen, welche Anpassungen für die nächsten Silvesterabende in Kiel angebracht und notwendig sind, damit die Kieler*innen einen möglichst sicheren und erfreulichen Jahresabschluss ohne böse Überraschungen feiern können.

Weiterhin möchten wir betonen, dass es nach unserer Auffassung bereits hinreichende sachliche Gründe für ein Böllerverbot in Kiel gibt. Der Stress und die Gefahren für Menschen und Tiere, die Belastung der Umwelt und die gefährlichen Brände lassen ein Böllerverbot längst überfällig erscheinen. Was fehlt, sind eine belastbare Rechtsgrundlage, Verantwortungsbewusstsein und

der politische Wille – auch in der Kieler Ratsversammlung – sowie bisher auch die Bereitschaft der Verwaltung, sich für ein Böllerverbot einzusetzen.“